

LINKS TG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
157 · Ausgabe TG · September 2015



100 Tage Regierungsrätin Cornelia Komposch

CORNELIA KOMPOSCH SCHAFFTE IM MÄRZ 2015 MIT EINEM GLANZRESULTAT DEN EINZUG IN DEN THURGAUER REGIERUNGSRAT. NUN IST SIE SEIT ETWAS MEHR ALS 100 TAGEN IM AMT. ZEIT FÜR EIN GESPRÄCH ÜBER DEN AMTSANTRITT, DAS REGIEREN ALS SOZIALDEMOKRATIN IN EINEM BÜRGERLICHEN KANTON UND DIE SCHON IM FEBRUAR 2016 ANSTEHENDE WIEDERWAHL.

Du bist nun 100 Tage im Amt als Vorsteherin des Thurgauer Departements für Justiz und Sicherheit. Wie lautet deine Zwischenbilanz?

Meine ersten Geschäfte drehten sich ums Budget. Der Entwurf dafür war schon gemacht und die Sparrunden wurden in den ersten Wochen nach meinem Amtsantritt eingeleitet. In der Diskussion mit meinem Mitarbeiterstab des Generalsekretariates habe ich geklärt, wo Sparpotenzial in unseren Ämtern vorhanden ist, ohne dass wir Leistungen abbauen müssen. Dieser Prozess hat mich gefordert, hat mir aber auch erlaubt, mich schnell ins operative Geschäft einzuarbeiten. Das zweite grosse Thema ist die Legislaturplanung 2016–2019. Die Schwerpunkte «Wie will sich der Thurgau entwickeln» waren bei meinem Amtsantritt schon festgelegt. Ich konnte kleinere Änderungen einbringen, die mir wichtig waren. Durch die ämterübergreifende Diskussion rund um die Hauptaufgaben der kommenden Jahre konnte ich meine Amtsleiter und deren Ämter schnell kennenlernen.

Ein aktuelles Thema betrifft das Migrationsamt. Die Betreuung der Flüchtlinge im Thurgau ist dem Departement für Finanzen und Soziales (DFS) unterstellt, doch auch wir werden über die neuesten Entwicklungen informiert und sind in die Thematik involviert. Unser Departement arbeitet eng mit dem DFS zusammen. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Schaffung des Amtes für Justizvollzug. Der Straf- und Massnahmenvollzug wird immer komplexer, auch durch die Initiativen, die in letzter Zeit an der Urne gutgeheissen wurden. Zum neuen Amt gehören das Massnahmenzentrum Kalchrain, die Gefängnisse und der Bewährungsdienst. Es wird das zweitgrösste

Interview:
Julian Fitze
Politischer
Sekretär SP
Thurgau

Amt in meinem Departement werden. Die Planung wurde von meinem Vorgänger Claudi Graf-Schelling aufgegleist, die Umsetzung liegt nun bei mir.

Du musstest dein Amt mit dem Rotstift in der Hand antreten. Gab es Konflikte mit dem Personal oder wussten deine Leute, was auf sie zukommt?

Eher Letzteres. Die Personen, die hier schon länger arbeiten, kennen natürlich die Prozesse und budgetieren nach den Vorgaben des Globalbudgets. Die kritischen Einwände galten weniger mir als dem Regierungsrat, der, nachdem das Budget schon im Vorjahr mit LÜP um 40 Millionen erleichtert worden war, nun abermals Sparvorgaben einleitete. Da war natürlich da und dort die Diskussion lanciert, ob der Regierungsrat nun nicht die Steuern erhöhen müsste.

Meines Erachtens legt der Regierungsrat dem Grossen Rat unter den gegebenen Umständen ein ausgeglichenes und vertretbares Budget vor. Dennoch müssen wir uns im Gremium über die weitere Finanzpolitik unterhalten. Die Zitrone ist irgendwann ausgepresst. Wenn die unbeeinflussbaren Kosten z.B. im Gesundheitsbereich und in der Spitalfinanzierung weiterhin ansteigen, können diese Mehrausgaben nicht über Sparrunden und Leistungsabbau ausgeglichen werden. Der Kanton Thurgau hat sich in verschiedenen Bereichen hervorgetan; im Bereich Energie, aber auch bei Gesundheit und Bildung. Diese Vorreiterrolle gilt es zu verteidigen – denn wenn sie einmal verloren ist, wird es schwierig sein, den Rückschritt wieder aufzuholen.

Du bist erst die zweite Sozialdemokratin und die erste Frau, die das Departement für Justiz und Sicherheit führt. Zudem

hinterlässt dein Vorgänger Claudi Graf-Schelling als Kantonsreformer grosse Fussstapfen. Spürst du da gewisse Vorbehalte? Claudi, der als erster Sozialdemokrat im Thurgau Polizeivorstehender wurde, ist zu Beginn seiner Amtszeit auf Vorbehalte seitens des Korps gestossen. Weil er sich aber immer sehr für die Polizei interessierte und sich überzeugt für sie einsetzte, hat er sich grossen Respekt geholt. Ich betrachte es als Glück, ein Departement zu übernehmen, das Claudi in den letzten 15 Jahren in intensivster Arbeit so gut reorganisiert und aufgestellt hat. Jetzt bewährt sich, was er geleistet hat. Gleichzeitig gibt es noch ganz viele Handlungsfelder für mich, ohne die grossen Würfe wiederholen zu müssen, zum Beispiel die Überbelegung der Gefängnisse.

In meinem Departement ist meine Partei ein untergeordnetes Thema. Dass ich eine Frau bin – da sind meine Leute schlicht zu offen, als dass das zu für mich spürbaren Vorbehalten hätte führen können. Aber natürlich schauen sie sehr genau hin und in den ersten 100 Tagen haben sie mich kritisch beaugapfelt – das wäre aber jeder und jedem so gegangen. Und das war auch vollkommen in Ordnung.

Was würdest du angehen, wenn du ein Freilos hättest für so einen grossen Wurf wie die Bezirksreorganisation von Claudi Graf-Schelling?

Im Departement würde ich mich um die Gefängnisse kümmern, da gibt es Handlungsbedarf. Auch die Gerichte möchte ich näher kennen lernen und gemäss meinem heutigen Wissensstand gäbe es im organisatorischen Bereich durchaus Handlungsfelder. Beim visionären Denken spielen aber leider immer die Finanzen eine wesentliche Rolle. Wir haben ein dünnes Budget und sind personell knapp bestückt. Im Personalbereich wäre es aus meiner Sicht angebracht, eine grosszügigere Haltung einzunehmen – nicht nur in meinem Departement.

Im Februar 2016, nicht einmal ein Jahr nach deiner ersten Wahl in den Regierungsrat, stehen wieder die Gesamterneuerungswahlen an. Bei deiner ersten Kandidatur hattest du keine Gegner, und du wurdest mit einem Glanzresultat von 88 Prozent aller Stimmen gewählt. Für eine Sozialdemokratin ist das ein fantastisches Resultat. Wie stellst du bei den Wahlen im Februar sicher, dass du wieder ein Glanzresultat machst oder überhaupt wiedergewählt wirst?

Zuerst einmal vertraue ich auf die Konkordanz – ich glaube, dass die mehrheitlich bürgerliche Thurgauer Bevölkerung der Meinung ist, dass auch die SP einen Anspruch auf einen Sitz im Regierungsrat hat. Die Sozialdemokraten haben jeweils am wenigsten Stimmen bei einer solchen Wahl im Thurgau. Es wird auch mindestens eine Gegenkandidatur geben, die Grünliberalen haben ihre Kandidatur angekündigt, vielleicht folgt noch die BDP. Diese Kandidaturen muss man ernst nehmen, denn es stellen sich profilierte Politiker zur Wahl. Ich werde zusammen mit der SP Thurgau mein Möglichstes tun, eine kleine Wahlkampagne zu fahren und mich auch auf der Strasse zu zeigen.

Hauptsächlich möchte ich mich aber darauf konzentrieren, in diesem knappen Jahr gute Arbeit zu leisten und mir selbst treu zu bleiben – unabhängig davon, ob Wahlen anstehen oder nicht.

In deinem Motivationsschreiben vor deiner Nominierung hast du geschrieben, dass du gerne die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Grundwerte in die Regierung einbringst. Werden diese nicht einfach überstimmt im bürgerlichen Regierungsrat?

Ich bin bekannt als moderate Sozialdemokratin. Hier in den Räumlichkeiten meines Departementes liegen mir Grundwerte wie Offenheit und Transparenz am Herzen. Departementsintern geht es auch meistens um Sachpolitik, ähnlich wie in der Gemeinde. Etwas anders verhält es sich im Regierungsgremium. Dort wird aufgrund der Themen und Fragestellungen

oft auch parteipolitisch diskutiert und diesbezüglich sind die Mehrheiten klar. In diesen Diskussionen setze ich mich für unsere Werte ein und stelle bei mir einen Linksrutsch fest. Gerade in der Legislaturplanung habe ich festgestellt, dass mir wesentliche soziale Grundpfeiler fehlen und ich konnte meine Anliegen einbringen.

Wie verändert Regieren das eigene politische Denken und Handeln? Kannst du das schon abschätzen?

Als ich gewählt worden bin, hat mir mein Sohn einen WOZ-Artikel vorgelegt, der besagt, dass insbesondere SP-RegierungsrätInnen ihre politische Haltung abschwächen und zu Mainstream-Regierungsratsmitgliedern würden. Ob das mit mir passieren wird, kann ich nicht abschätzen – ich bin jedoch fest davon überzeugt, dass mir der Kontakt zur Basis der SP Thurgau helfen wird, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Im Regierungsrat geschickt zu agieren ist eine Gratwanderung. Man soll sich einbringen, Haltungen vertreten, jedoch will man sich nicht mit zu viel Opposition den Respekt der Kolleginnen und Kollegen verspielen. Eine gute Balance zu finden ist eine Herausforderung und dabei lasse ich mich gerne auch mal von meinem Bauchgefühl leiten.

Damit kannst du auf jeden Fall auf die Unterstützung der SP Thurgau zählen.

Ich finde es sehr wichtig, dass ich diese Unterstützung habe, auch als Spiegel. In so einer Position muss man auch hören, was die eigenen Leute sagen – auch wenn man es in gewissen Momenten vielleicht nicht gerne hört. Diesen Austausch mit der SP Thurgau finde ich wichtig und ich wünsche ihn mir auch.

Ich glaube, auch ein Regierungsrat tut gut daran, mit seiner Parteileitung eine gute Zusammenarbeit, auch was die Themen betrifft, zu pflegen. Natürlich diskutiere ich keine einzelnen Geschäfte mit der Parteileitung, es geht um strategische Fragen und es geht um das gemeinsame Ziel, das wir verfolgen: den Thurgau sozialer auszurichten. Dieses Ziel können wir nur erreichen, wenn wir am gleichen Strick ziehen – also eng miteinander verbunden sind.

Du bist kulturell ja sehr interessiert. Bleibt dir noch Zeit für Freizeit oder musst du im persönlichen Rahmen zurückstecken?

Ja, das muss ich. Das wusste ich aber auch. Nur wusste ich natürlich nicht, wie sich das in der Realität anfühlt. Unter der Woche bleibt nicht mehr viel Freizeit. Ich brauche morgens meine Zeit, bin im Moment um 7 Uhr im Büro und gehe im Normalfall um 19 Uhr wieder nach Hause. Oftmals kommt es aber vor, dass ich Abendtermine wahrnehmen muss, und somit werden die Tage schon eher lang. Ich achte aber darauf, dass ich an den Wochenenden Zeit habe – für meine Familie und Freunde, für mich, meine Hobbys – und dass ich dadurch meinen Ausgleich und inneren Frieden finde. Ich empfinde es als Privileg, diesen Job machen zu dürfen, so dass ich die langen Tage auch gerne in Kauf nehme.

Schön zu hören, dass du diese Aufgabe so gerne und mit so viel Begeisterung erfüllst. Nun zu meiner obligaten Abschlussfrage: Wie siehst du es mit der Überwindung des Kapitalismus?

Ich gehörte zu den Kritikerinnen der «Kapitalismusk Diskussion», aber das wäre jetzt eine abendfüllende Diskussion. Ich bin davon überzeugt, dass wir die Wirtschaft brauchen und dass sie unser Motor ist. Bezüglich der Philosophie der Unternehmen habe ich klare Erwartungen. Auch wenn unsere KMUs in einem Spannungsfeld von Konkurrenz und Wirtschaftlichkeit stehen, haben sie eine soziale Verantwortung zu übernehmen. Die soziale Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern, aber auch gegenüber der Gesellschaft müsste wieder mehr gelebt werden. Kapital und Rendite kann nicht das alleinige oberste Ziel sein. Ich bin nicht für die Überwindung des Kapitalismus, aber für eine Kapitalwirtschaft, die sozialwirtschaftlich und ökologisch ausgerichtet ist.

Wahlkampfarithmetik

Bei den kommenden Nationalratswahlen stehen sich im Thurgau drei Blöcke gegenüber. Am rechten Rand hat sich die rückwärtsgewandte SVP mit der EDU zusammengeschlossen und auf der fortschrittlichen Seite haben sich die Grünen mit der SP verbündet. Bei diesen beiden Blöcken weiss man wenigstens, wen man wählt. Alle Kandidatinnen oder Kandidaten haben ein klar erkennbares Profil und werden ihre Wähler in Bern entsprechend vertreten. Der ganze Rest tummelt sich in der Mitte.

Da finden wir im gleichen Bett vereint die liberale FDP mit der katholischen CVP; die von der SVP abgespaltene BDP mit der neu gegründeten Grünliberalen Partei; und auch die freikirchliche EVP hat da ihre Heimat gefunden. Das ist wie eine «Blackbox». Wenn ein Wähler oder eine Wählerin eine dieser Listen einwirft oder auch nur einzelne Kandidaten oder Kandidatinnen auf der Wahlliste panaschiert, könnte er oder sie geradeso gut zu Hause bleiben. Er oder sie weiss nicht, wen er gewählt hat. Wie das?

Der Thurgau hat Anspruch auf sechs Sitze im Nationalrat. Eine Liste oder eben eine Listenverbindung erhält direkt einen Sitz zugesprochen, wenn sie 14,3 Prozent (ein Siebtel) der Listenstimmen auf sich vereint. So ergatterte bei den letzten Wahlen die damalige Listenverbindung von GLP/BDP/EVP/EDU mit 16,6 Prozent Listenstimmen einen Sitz. Die GLP mit 5,2 Prozent der Stimmen bekam ihn. Die BDP in der gleichen Listenverbindung mit 5,0 Prozent ging leer aus und die allein kandidierende FdP mit 11,2 Prozent der Stimmen ebenfalls. Die CVP erreichte mit 14,4 Prozent genau einen Sitz, die SP zusammen mit den Grünen ebenfalls einen Sitz. Die SVP mit 38,7 Prozent der Wählerstimmen errang zwei Sitze direkt und zudem das Restmandat, da sie am meisten Reststimmen auf sich vereinigte.

Wenn nicht gewaltige Verschiebungen stattfinden, dürfte die Blackbox genug Stimmen erhalten, um zwei Sitze zu beanspruchen. Damit dürfte je ein Sitz an die CVP und an

die FDP gehen. Vermutlich zu Lasten der GLP (im gleichen Bündnis!) oder – bei einem Zulegen der GLP – zu Lasten der SVP. Schlussfolgerung: Jeder Wähler, jede Wählerin der EVP, der BDP oder vermutlich auch der GLP hilft damit der FDP ihren Sitz zurückzuerobern.

Als optimistischer SP-Wähler träume ich natürlich auch von einem anderen Szenario. Viele Wählerinnen und Wähler überlegen sich gut, welche Liste sie bevorzugen oder welche Namen sie auf ihre Liste schreiben (jeder Name ist eine Listenstimme!). Sie gehen davon aus,

Das ist wie eine Blackbox.

dass die SVP und der Bürgerblock mit je zwei Nationalräten und zudem noch mit beiden Ständeräten in Bern eigentlich sehr gut vertreten sind. Fortschrittliche Wählerinnen und Wähler, die letztes Mal GLP, EVP oder BDP gewählt haben, legen die Listen der Grünen, der SP ein. Wenn einige Wählerprozente mehr auf die fortschrittliche Seite wechseln, könnten erstmals eine SP-Nationalrätin und ein(e) grüne(r) Nationalrat/-rätin den Thurgau in Bern zusammen vertreten. Träumen ist erlaubt.

Ruedi Buzek, Präsident SP Thurgau 1990–1996



Illustration: Igor Kravarik, September 2015

Die Krise hinterlässt Spuren

PERSÖNLICHE UND POLITISCHE ANSICHTEN ZUR KRISE IN GRIECHENLAND



Barbara Kern, Parteipräsidentin SP Thurgau

Während ich hier kurz über die wirtschaftliche und politische Situation meiner Wunschheimat Griechenland schreibe, steht Griechenland in einem weiteren, sehr entscheidenden Wahlkampf. Der 20. September wird zeigen, welche Politik tonangebend sein wird. Momentan stehen die Chancen für einen erneuten Wahlsieg von Syriza mit ihrem Parteichef Alexis Tsipras sehr gut. Nach 30 Jahren hatte Griechenland mit dem charismatischen Linkspolitiker erstmals einen Regierungschef, der nicht aus dem oligarchischen und korrupten politischen System stammt. Tsipras war angetreten, der Korruption und der Steuerhinterziehung den Kampf anzusagen. Doch das ist ein langer Weg. Eine jahrzehntelange Misswirtschaft, angetrieben von einer politischen Elite, die nur ihre eigenen Interessen verfolgte, lässt sich nicht in einem halben Jahr beseitigen. Zu verfilzt sind die Strukturen, der Widerstand von Oligarchen und Politikern auch aus dem Staatsapparat ist gross, und auch im griechischen Parlament sitzen nach wie vor viele Mitglieder, die von diesem System profitiert haben und massgeblich für den jetzigen Zustand des Landes verantwortlich sind.

Meine Sicht auf Griechenland nährt sich aus vielen Reisen nach Korfu, Aegina und Athen, aus langjährigen Freundschaften und mei-

nem steten Blick auf Politik und Gesellschaft eines Landes, dessen Bevölkerung sich seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2008 immer wieder neuen Herausforderungen stellen muss. Es ist eine sehr persönliche, politische Sicht zur Lage der Nation Griechenland.

Die Krise in Griechenland ist vor allem in Athen, abseits der Touristenpfade, am Omonia- und am Viktoriaplatz zu sehen. Viele Menschen haben nicht nur ihre Arbeit, sondern auch ihr Obdach verloren. Sie sind zu Bettlern geworden, oder sie durchwühlen Mülltonnen auf der Suche nach Essen. Fast drei Viertel der Griechinnen und Griechen haben nur noch eine ungenügende oder gar keine medizinische Versorgung. Die Lage wäre noch schlimmer, wären da nicht die vielen arbeitslosen Ärztinnen und Pflegefachleute, die sich freiwillig und ohne Lohn in Polikliniken um die Kranken kümmern. Schulen sind wegen fehlender Lehrmittel geschlossen. Die griechische Bevölkerung hat ihre Aufgaben, was die Finanzkrise anbelangt, längst gemacht. Ein Sparpaket nach dem anderen hat bei der Mehrheit der griechischen Bevölkerung zu Armut und Verelendung geführt. Etwas mehr als die Hälfte, 51,1 Prozent, der jungen Leute ist, obwohl sehr gut ausgebildet, ohne Arbeit. Renten sind um 40 Prozent und mehr gekürzt worden, die Mindestlöhne

wurden weit unter die Schmerzgrenze gedrückt. Viele Griechinnen und Griechen haben ihre Autos und den entbehrlichen Hausrat verkauft oder ganz aufgelöst, um zu Verwandten oder den Eltern zu ziehen. Die Solidarität in den Familien ist gross, man unterstützt sich gegenseitig, so gut es geht. Zehntausende, meist die am besten ausgebildeten, sind ausgewandert.

Nach sieben Jahren anhaltender Krise ist Griechenlands Wirtschaft auf den Stand der 1960er-Jahre zurückgefallen, der Preis, den die Bevölkerung zu zahlen hat, ist unerträglich hoch. Dieser Scherbenhaufen ist nicht nur Folge jahrzehntelanger Misswirtschaft, sondern auch einer verfehlten, von der Europäischen Union auferlegten Politik der Austerität, des Sparens auf Teufel komm raus, die Griechenlands Schuldenberg nur noch mehr anwachsen liess. Es braucht deshalb auch einen Schuldenschnitt. Das wissen die Verantwortlichen der Europäischen Zentralbank und die Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Ich hoffe, dass Syriza unter Alexis Tsipras am 20. September eine klare Mehrheit im Parlament bekommt. Wir brauchen in Europa endlich eine klar linke, sozialdemokratische und den Menschen verpflichtete Politik. Zu lange hat der neoliberale Mainstream die EU dominiert.

NACHTRAG

Kurz vor Redaktionsschluss hat die griechische Bevölkerung mit über 35 Prozent Alexis Tsipras ein weiteres Mal ihr Vertrauen ausgesprochen. Ich gratuliere Alexis Tsipras zu diesem Erfolg und Vertrauensbeweis. Die Aufgaben, welche er und seine Regierung zu bewältigen haben, sind enorm.

PLAKATITIS

Liebe Genossinnen und Genossen Ganz plötzlich über Nacht sind sie aufgetaucht, als hätten sie verborgen unter der Erde auf den Startschuss zum freien Plakatieren gelauert. Nun lächeln sie um die Wette, winken uns aus den Bauerngärten zu, schauen von den Kandelabern herunter, stehen etwas ratlos auf jeder freien Verkehrsfläche herum und sind auch auf diversen herumstehenden Anhängern abgebildet. Eine ganze Armee von Politikerinnen und Politikern, die nach Bern wollen und darum um unsere Aufmerksamkeit buhlen.

«He, Claudio», rufen sie mir zu, «ich bin gegen AKWs, ich produziere gesunde Nahrungsmittel, ich setze

mich für ein bezahlbares Gesundheitswesen ein, ich möchte, dass Frühchinesisch im Kindergarten eingeführt wird! Bitte wähle mich! Nein, mich! Warum nicht mich?» Die vielen ICH-Botschaften gefährden die Verkehrssicherheit. Es ist fast ein Wunder, dass in der Zeit des heissen Wahlkampfes nicht mehr Unfälle passieren. Auf dem Fahrrad ist es besonders schlimm, da ist man den grinsenden Köpfen ungeschützt ausgesetzt. Zum Glück gibt es jetzt eine App, die mich auf Schleichwegen von A nach B bringt, ohne dass ich von den Wahlplakaten belästigt werde. Dafür verlängert sich mein Arbeitsweg vorübergehend um etliche Kilometer.

Da ist noch die Sache mit den Adjektiven. Steht unter einem Gesicht

MOST BLOCK

BETRACHTUNGEN
AUS DER LINKEN ECKE
PROVOKATIONEN
OHNE INHALT

«entschlossen, energisch, volksnah, gradlinig», dann läuten bei mir alle Alarmglocken. Ich brauche keine volksnahen Politikerinnen und Politiker, die alles Fremde verbieten oder ausschaffen wollen. Auch energische und entschlossene Macher, die Banken oder Fluggesellschaften in den Ruin und Länder in Kriege treiben, haben hier nichts verloren. Von prägenden Köpfen, die meiner Heimat den Stempel aufdrücken wollen, habe ich die Nase voll. Für meine Schweiz braucht es tolerante und kompromissfreudige Zauderer, die erst dreimal überlegen, bevor sie uns mit neuen Ideen konfrontieren.

In diesem Sinn freue ich mich auf den Oktober und auf das Ende des Wahlkrampfes.

Euer Claudio Rosso